

Volkswirtschaftliche Schriften

Heft 64

Der Lohn

Betrachtungen zum Problem der Lohnbildung

Von

Emil Bandholz



Duncker & Humblot · Berlin

Emil Bandholz / **Der Lohn**

Volkswirtschaftliche Schriften

Herausgegeben von Dr. J. Broermann, Berlin

Heft 64

Der Lohn

Betrachtungen zum Problem der Lohnbildung

Von

Dr. Emil Bandholz



DUNCKER & HUMBLOT, BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1962 Duncker & Humblot, Berlin
Gedruckt 1962 bei Richard Schröter, Berlin SW 61
Printed in Germany

Vorwort

Die vorliegende Arbeit verdankt ihre Entstehung einem Forschungsauftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Anknüpfend an eine empirische Untersuchung über die Verhaltensweisen der englischen Gewerkschaften in der ökonomischen Auseinandersetzung setzt sie eine Studie fort, die ursprünglich von der Fragestellung ausging, ob sich die Gewerkschaften in der Lohnpolitik am Nominallohn, wie Keynes behauptet, oder am Reallohn orientieren, wie die klassischen und neoklassischen Theoretiker meinen. Die empirische Untersuchung führte zu der Erkenntnis, daß diese Fragestellung zu eng ist. Das Problem der Lohnbildung ist weitaus komplexer als gemeinhin in der Wirtschaftstheorie angenommen wird. Lohnprobleme sind ihrem Wesen nach sowohl theoretischer als auch politischer Art. Historische und soziologische Faktoren, Macht- und Marktfaktoren sind für die Lohnbildung gleichermaßen relevant. Gegenläufige Interessen und Zielsetzungen der Vertragspartner komplizieren das ökonomische Problem. Wirtschaftspolitische und -theoretische Auffassungsgegensätze leiten auch die Argumentationen in den wissenschaftlichen Diskussionen über die Frage, wie eine realistische Lohntheorie, die mit den Gegebenheiten unserer Zeit im Einklang steht, konzipiert sein sollte. Die vorliegende Betrachtung zum Problem der Lohnbildung versucht, zu ihrem Teil zur Klärung dieser Frage beizutragen.

Ich bin der Deutschen Forschungsgemeinschaft dankbar, daß sie mir diese wie auch die vorangegangene Arbeit ermöglicht hat. Herrn Staatsanwalt Fritz Pries, der mein Manuskript von unnötig belastenden Fachausdrücken befreite, bin ich ebenso wie meiner Frau, die alle Schreibarbeiten ausgeführt hat, für ihre Mithilfe herzlich dankbar.

Kiel, September 1961

Emil Bandholz

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeine Grundlagen des Lohnproblems	9
1. Wirtschaftspolitische Aspekte der Lohnpolitik in der Gegenwart	9
2. Stadien der theoretischen Behandlung der Lohnbildung	13
II. Der Arbeitsmarkt / Theorie und Wirklichkeit	27
1. Einleitende Hinweise auf einige begriffliche Fragen	27
2. Die Elastizität von Angebot und Nachfrage auf Teilmärkten in den Perioden des laissez faire und der Vollbeschäftigung	29
a) Die Landwirtschaft	29
α) Die Periode des laissez faire	29
β) Die Periode der Vollbeschäftigung	38
Die Lohnentwicklung in der englischen, westdeutschen und dänischen Landwirtschaft in der Periode der Vollbeschäf- tigung	44
b) Die Verkehrsindustrie	52
α) Die Periode des laissez faire	52
β) Die Periode der Vollbeschäftigung	56
c) Der Kohlenbergbau	59
α) Die Periode des laissez faire	59
β) Die Periode der Vollbeschäftigung	64
d) Die Metallindustrie (Facharbeiter)	67
α) Die Periode des laissez faire	67
β) Die Periode der Vollbeschäftigung	72
e) Das Druckgewerbe (Facharbeiter)	75
α) Die Periode des laissez faire	75
β) Die Periode der Vollbeschäftigung	77
3. Das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage	79
III. Spezielle Lohnprobleme	89
1. Lohndifferentiale und Lohnstrukturen	89
2. Tarifliche Lohnsätze und effektive Verdienste	117
3. Nominal- und Reallöhne	128
IV. Die freiwilligen kollektiven Lohnverhandlungen	143
1. Das Wesen der Kollektivverhandlungen	143
2. Die Wirkungen der Kollektivverhandlungen	148
V. Theoretische Betrachtungen zum Problem der Lohnbildung	161
1. Anmerkungen zu den Formen gegenwärtiger Lohnpolitik	161
2. Anmerkungen zur theoretischen Behandlung der Lohnbildung ..	189
Personen- und Sachverzeichnis	206

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Bodenleistung und Aufwand der Landwirtschaft in verschiedenen Ländern im Jahre 1955	45
Tab. 2:	Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft im Jahre 1955	46
Tab. 3:	Einsatz männlicher Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Jahre 1955	47
Tab. 4:	Entwicklung der Stundenlöhne für Landarbeiter in England, Dänemark und der Bundesrepublik von 1948 bis 1956	51
Tab. 5:	Entwicklung der maximalen wöchentlichen Lohnraten in England von 1914 bis 1956	96
Tab. 6:	Prozentuale Änderungen der Lohnsätze, der Lebenshaltungskosten und der Reallöhne in England von 1914 bis 1956	97
Tab. 7:	Stundenlöhne für verschiedene Industrie- und Leistungsgruppen 1914 und 1924 bis 1932	98
Tab. 8:	Streuung der Nominallohne in den Industriegruppen von 1890 bis 1954	100
Tab. 9:	Lohnstruktur der Industrie von 1890 bis 1954	101
Tab. 10:	Tarifliche Stundenlöhne für die verschiedenen Industrie- und Leistungsgruppen von 1949 bis 1959	103
Tab. 11:a	Entwicklung der Lohnstruktur von 1950 bis 1959, Basis tarifliche Stundenlöhne für Facharbeiter, Durchschnittslohn für 1950 = 100	106
Tab. 11:b	Durchschnittslohn des jeweiligen Jahres = 100	107
Tab. 12:	Entwicklung der tariflichen Stundenlohnsätze für männliche Arbeiter und der effektiven Stundenverdienste in ausgewählten Wirtschaftsbereichen von 1950 bis 1958	123
Tab. 13:	Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Industriearbeiter nach Industriezweigen 1938 und 1950 bis 1958	124
Tab. 14:	Komponenten der Arbeitskosten und ihr Prozentanteil an den Arbeitskosten in Italien, Frankreich und den Vereinigten Staaten 1938 und 1952	127
Tab. 15:	Indexziffern der Lebenshaltungskosten, der Nominal- und Reallöhne von 1888 bis 1954	133
Tab. 16:	Entwicklung der Löhne, Arbeitszeit und Realverdienste in der Industrie von 1950 bis 1959	135
Tab. 17:	Produktionsergebnis je Arbeitsstunde in der gesamten Industrie von 1950 bis 1959	136
Tab. 18:	Index der industriellen Nettoproduktion von 1955 bis 1959 ..	137
Tab. 19:	Arbeitsproduktivität nach Wirtschaftsbereichen von 1950 bis 1959	138
Tab. 20:	Index der realen Stundenverdienste und der realen Produktion in den USA von 1921 bis 1953	139
Tab. 21:	Anteil der Löhne und Gehälter und der Bruttoinvestitionen am Volkseinkommen von 1950 bis 1959	141

I. Allgemeine Grundlagen des Lohnproblems

1. Wirtschaftspolitische Aspekte der Lohnpolitik in der Gegenwart

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ist Ursache und Ausgangspunkt einer sich stets erneuernden Erörterung lohn- und beschäftigungspolitischer Probleme. Die die Krise begleitende Massenarbeitslosigkeit erschütterte die Grundlagen der Wirtschaft und warf Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik auf. Nachdem klar geworden war, daß die Initiative der privaten Unternehmer angesichts des Ausmaßes der Krise völlig versagte, sah sich die staatliche Wirtschaftspolitik veranlaßt, in die Bresche zu springen. Die Aktivität des Staates sollte die Wirtschaft aus der Krise herausholen. Die Regierungen verschiedener Länder versuchten, mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsprogrammen den unerträglichen Zustand zu beenden.

Die Politik der Vollbeschäftigung nach dem zweiten Weltkrieg ist eine konsequente Fortentwicklung jener ersten Schritte in Richtung auf eine regulierende Mitwirkung des Staates in der Wirtschaft. Vorzüglich trifft diese Feststellung für jene Länder zu, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit den Schluß gezogen haben, es sei unerläßlich, die „selbstregulierenden Kräfte“, die nach alter liberalistischer Theorie der Wirtschaft innewohnen sollten, die sich in der Weltwirtschaftskrise jedoch als völlig unzureichend erwiesen hatten, durch eine bewußte, gestaltende Wirtschaftspolitik unter staatlicher Führung zur Sicherung einer stabilen zukünftigen Entwicklung zu ersetzen.

Die Herstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung wird heute in fast allen Ländern als Leitmotiv der Wirtschaftspolitik, als mehr oder weniger verbindliche Zielsetzung anerkannt. Die Gründerstaaten der Vereinten Nationen haben in der Erklärung von Philadelphia über die Ziele und Aufgaben der internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Mai 1944 im Artikel III der Organisation der Vereinten Nationen die Aufgabe gestellt, in der ganzen Welt Pläne zu fördern, durch die die Vollbeschäftigung und die Hebung des Lebensstandards erreicht werden sollen. Das Ausmaß der Anstrengungen, die auf diese Ziele gerichtet sind, ist jedoch in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. Noch unterschiedlicher sind die Methoden. Die Problematik der Vollbeschäftigung liegt bis heute darin, daß die Wirtschaftspolitik an den Grenzen des nationalen Wirtschaftsraumes haltmachen muß. Nur im Rahmen

der nationalen Ressourcen und des Spielraumes, den sie lassen, kann sich die Politik der Vollbeschäftigung jeweils entfalten. Für die großen Wirtschaftsräume der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten sind diese nationalstaatlichen Beschränkungen praktisch nicht existent; in den westeuropäischen Ländern machen sie sich dafür um so fühlbarer bemerkbar. Sie sind ein erstrangiges Problem der europäischen Wirtschaftspolitik.

Infolgedessen stehen die ersten praktischen Maßnahmen zur Verminderung dieser Beschränkungen, zur Schaffung einer internationalen Arbeitsteilung und größerer Wirtschaftsräume gegenwärtig in den wirtschaftspolitischen Diskussionen und in den Verhandlungen der Regierungen im Vordergrund des Interesses. Als ein umfassenderer Raum in diesem Sinne ist die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ der sechs Länder der Montanunion bereits effektiv geworden. Weitere Schritte in Richtung auf eine Freihandelszone aller der OEEC angeschlossenen 17 Länder werden angestrebt. Politische und wirtschaftliche Interessengegensätze führten allerdings zunächst dazu, daß sieben andere Länder, die vormals gleichfalls der OEEC angehörten, im Gegenzug eine eigene Freihandelszone, die EFTA, mit deutlicher handelspolitischer Spitze gegen die EWG gründeten. Die wirtschaftliche und politische Vernunft ließ jedoch sehr bald allen beteiligten Regierungen die Gefahren einer weiteren Blockbildung und eines möglichen Handelskrieges im europäischen Raum erkennen. Die erneut aufgenommenen Verhandlungen über eine umfassendere Lösung berechtigen zu der Hoffnung, daß der wirtschaftspolitischen Einheit Europas gegenüber Sonderinteressen wieder der ihr gebührende Vorrang zuerkannt werden wird.

Schon die ersten Schritte zur Verwirklichung dieses Gebots der Vernunft zeigen, welche enormen Schwierigkeiten im Verhältnis der einzelnen Länder zueinander zu überwinden sind, obgleich es sich hier nur um ein engeres wirtschaftliches Zusammenwachsen Europas handelt. Gegensätze in den wirtschaftspolitischen Auffassungen und in den realen Interessen sind die Ursachen der zutage tretenden Differenzen. Jedes der am Zusammenschluß interessierten Länder ist zugleich auch bemüht, seine Vorteile zu wahren und die Erfolge seiner eigenen Anstrengungen zu sichern. Verständlicherweise wünschen jene Länder, die einen höheren Lebensstandard bereits erreicht haben, sich nicht ohne gewisse Sicherungen auf ihrem Inlandsmarkt einer Konkurrenz aus jenen Ländern auszusetzen, in denen ein niedrigeres Lohnniveau besteht. Andererseits vermögen sie jedoch den eigenen Standard nur dann zu erhalten, wenn sie die begrenzten Möglichkeiten im Rahmen ihrer nationalen Wirtschaftspolitik durch einen größeren Warenaustausch unter Wahrung des Erreichten und anderer Vorbehalte erweitern können. Vorbehalte sind die Crux jedes Zusammenschlusses; im Wirtschaftsleben wirken sie be-

sonders hemmend, weil sie den notwendigen Anpassungsprozeß erschweren.

Im Rahmen der erstrebten gemeinsamen Freihandelszone für ganz Europa richten sich die gewünschten Sicherheitsvorkehrungen in erster Linie auf die Erhaltung des erreichten Lohn- und Beschäftigungsniveaus in der industriellen Produktion und auf die Ausklammerung der Landwirtschaft aus dem freieren Wettbewerb. Die ersteren werden vornehmlich von jenen Ländern gefordert, denen Wohlstandsplanung Leitmotiv ihrer Wirtschaftspolitik ist. Zu ihnen gehören in erster Linie die skandinavischen Länder und mit gewissen Einschränkungen England, Österreich und die Schweiz, die Initiatoren der Kleinen Freihandelszone, der EFTA. Unter den Ländern, die einen Schutz ihrer Landwirtschaft beibehalten wollen, ist auch die Bundesrepublik zu finden, obgleich das in prinzipiellem Widerspruch zu ihrer allgemeinen freihändlerischen Haltung steht. Wie immer, wenn es um echte oder vermeintliche Interessen geht, fehlt es nicht an Widersprüchen selbst in den Ländern, die die Wiederherstellung des Freihandels auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die einfache Ursache dafür liegt in der Tatsache, daß den Gütern, die über den Staatsraum hinaus in internationalen Wettbewerb treten, Kosten zugrunde liegen, die sich in dem jeweiligen Staatsraum auf Grund der dort gegebenen Datenkonstellation gebildet haben, die im Wettbewerb möglicherweise nicht gehalten werden können und die zu entsprechenden Einschränkungen der Produktion, möglicherweise zur Unterbeschäftigung in bestimmten Industrien oder gar generell führen können.

Abgesehen von der Landwirtschaft, deren mangelnde Eignung zum Wettbewerb gleich mit einem ganzen Arsenal von Argumenten aus der nicht-ökonomischen Sphäre — wie Erhaltung eines gesunden Bauerntums, Sicherung der nationalen Ernährung — verteidigt zu werden pflegt, bilden vor allem die unterschiedlichen Lohnkosten und sozialen Aufwendungen die Hauptargumente in dieser Auseinandersetzung. Im europäischen Raum bestehen in dieser Hinsicht erhebliche Unterschiede zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Italien sowie einer Anzahl anderer Länder auf der einen, England und den skandinavischen Ländern auf der anderen Seite. Während England und die skandinavischen Länder ihre Politik der Vollbeschäftigung nach dem Jahre 1945 mit einem verhältnismäßig hohen, gegenüber der Vorkriegszeit etwa verdoppelten Lohnniveau beginnen konnten, mußte beispielsweise in der Bundesrepublik die erste Phase des Wiederaufbaues mit der fast wertlosen R-Mark bewältigt werden. Erst in den Jahren 1950/51 erreichte das bundesdeutsche Lohnniveau wieder die Höhe, die es in dem Zeitraum von 1936 bis 1938 gehabt hatte. Ein gewaltig aufgestauter Nachholbedarf, vergleichsweise niedrige Löhne und hohe Investitionsraten